

# Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft  
Technologie | Vorstand  
Umwelt

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 04 / 15. Juni 2010

## Kurz und bündig

- Griechenland und die Spekulationen gegen den Euro sind aktuell die bestimmenden Themen in Europa. In dieser schwierigen Phase hat sich die Europäische Kommission vorgenommen, eine auf **zehn Jahre angelegte wirtschaftspolitische Strategie** zu entwickeln.
- Diese **‘Europa 2020’-Strategie** soll die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 ablösen. Gemessen an ihren Zielen ist die Lissabon-Strategie gescheitert. Allerdings scheint die EU-Kommission derzeit nicht die Kraft für eine ehrliche Bilanz aufzubringen.
- Aus Sicht der IG Metall stand die EU sich in der Vergangenheit oft selbst im Wege. **Einseitig** wurde nur auf die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** gesetzt, die Nachfrageseite wurde ausgeblendet.
- Die ‘Europa 2020’-Strategie setzt darauf, mehr Beschäftigung zu schaffen, die Forschung und Entwicklung zu unterstützen, den Klimaschutz zu stärken und das Bildungswesen zu verbessern sowie den Kampf gegen Armut in den Mittelpunkt zu stellen.
- Diese **Ziele sind richtig!** Doch es **fehlen wirksame Instrumente**, um diese Ziele zu erreichen. In der Industriepolitik setzt die EU-Kommission vor allem auf Kostenentlastung der Unternehmen. In der Makroökonomie gibt es nur vage Andeutungen eines Kurswechsels.
- Die IG Metall setzt sich für ein **soziales und demokratisches Europa** mit einer starken Wirtschaft ein. Basis dafür ist eine starke europäische Industrie. An diesem Leitbild muss sich auch die neue Langfriststrategie orientieren. Entsprechend gibt es großen Korrekturbedarf an der neuen EU-Strategie!

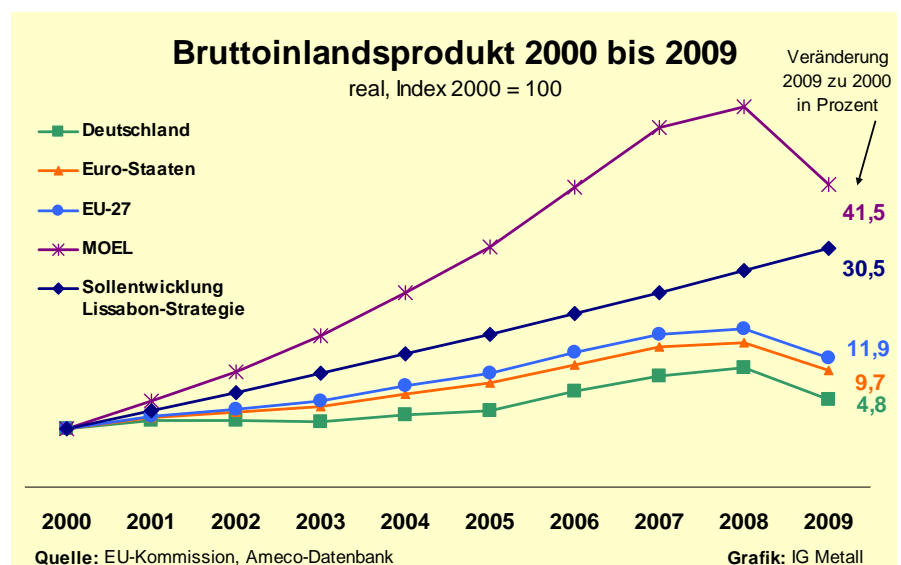
### Autoren:

Kai Burmeister, Wilfried Kurtzke,  
Dr. Astrid Ziegler

## Europa 2020-Strategie Kein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

Es ist richtig, in einer langfristigen Strategie Wachstumsziele sowie Maßnahmen zur Zielerreichung in der EU zu benennen. Die Zielsetzung eines ökologischen Wachstums mit einem besseren sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu verbinden, wird durch die IG Metall unterstützt. Jedoch ist die ‘Europa 2020’-Strategie keine überzeugende wirtschaftspolitische Agenda für die nächsten zehn Jahre. Denn industriepolitisch wird der wettbewerbspolitische Leitgedanke der gescheiterten Lissabon-Strategie weitergeführt. Vorwiegend auf die Verbesserung unternehmerischer Wettbewerbsbedingungen zu setzen ist aus Sicht der IG Metall zu kurz gegriffen und falsch. Auf jeden Fall ist es keine Strategie, um die Herausforderungen der Zukunft bestehen zu können.

In der Europäischen Union wird zurzeit eine neue wirtschaftspolitische Strategie für die Dekade bis 2020 erarbeitet. In der Zeit von November 2009 bis Januar 2010 führte die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zur neuen Zehn-Jahresstrategie durch. Ihren Vorschlag zur ‘Europa 2020’-Strategie hat die EU-Kommission im März diesen Jahres präsentiert, auf dem EU-Gipfel Ende März wurde er erstmals beraten. Für den EU-Gipfel Mitte Juni ist vorgesehen, dass die Staats- und Regierungschefs die Strategie weiter konkretisieren und dann beschließen sollen. Die IG Metall beteiligt sich aktiv an der Debatte um die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Europäischen Union.



Zur Bewertung der neuen Strategie ist zunächst eine Bilanz der bisherigen Politik zu ziehen. Gemessen an dem Ziel, Europa zur wachstumsstärksten Region machen zu wollen, ist die Lissabon-Strategie kläglich gescheitert. Jahresdurchschnittlich kamen die EU-27 Länder lediglich auf ein Wachstum von 1,6 Prozent pro Jahr und sind damit weit entfernt vom angestrebten Wachstum von drei Prozent geblieben.

Die EU-Kommission sieht das Scheitern vor allem in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise begründet, die alle Fortschritte zunichte gemacht habe. Diese Eigeneinschätzung geht jedoch an der Realität vorbei: schon in der Halbzeitbilanz 2005 musste die EU-Kommission das Scheitern der Lissabon-Strategie eingestehen. Danach kam es zwar zu einem konjunkturellen Aufschwung, der aber nichts mit der europäischen Politik zu tun hatte. Die EU-Kommission ist derzeit offenbar nicht in der Lage, die eigene Politik kritisch zu hinterfragen. So müssten die wesentlichen Fehler und Schwächen dringend diskutiert und Konsequenzen gezogen werden. Dazu gehören die unrealistischen und inkonsistenten Ziele; die unzureichende Verknüpfung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten; der Zuwachs von 12 „ärmeren“ Mitgliedsländern sowie die Zunahme von Ungleichgewichten. Ohne eine solche Bewertung steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die richtigen Schwerpunkte der `Europa 2020`-Strategie nicht erfolgreich umgesetzt werden können. Diese fehlende kritische Rückschau der EU-Kommission ist eine große Hürde für die neue Strategie.

## 1. Von der „Lissabon-Strategie“ zur `Europa 2020`-Strategie

Wesentlich für die Politik in der EU war in den letzten zehn Jahren die sogenannte Lissabon-Strategie, die Europa bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ machen sollte. Die Lissabon-Strategie soll nun durch eine neue Langfristig-Strategie abgelöst werden. Laut Angaben der EU-Kommission soll mit dieser Strategie eine „Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“ verfolgt werden.

Im Zentrum der neuen Strategie stehen drei **Schwerpunkte**, die gemeinsam wirken und sich gegenseitig verstärken sollen:

1. Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft.
2. Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft.
3. Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt.

Auf der Grundlage dieser Schwerpunkte werden folgende (quantitativ messbare) **Kernziele** vorgeschlagen, die bis 2020 erreicht werden sollen:

- 75 Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sollten in Arbeit stehen.
- drei Prozent des BIP der EU sollten für FuE aufgewendet werden.
- Die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele sollten erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 Prozent, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind).
- Der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter zehn Prozent abgesenkt werden, und mindestens 40 Prozent der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben.
- Die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 Millionen sinken.

Diese Kernziele wurden weitgehend aus der Lissabon-Strategie übernommen. Die Ziele Klimaschutz und Armutsbekämpfung wurden neu hinzugefügt, allerdings wurden diese Ziele auch schon in anderen Beschlüssen der EU verbindlich festgelegt.<sup>1</sup> Das noch in der Lissabon-Strategie verankerte BIP-Wachstumsziel findet sich in der neuen Strategie nicht mehr wieder.

Um die Ziele im Rahmen der Schwerpunkte zu verwirklichen, schlägt die EU-Kommission folgende sieben **Leitinitiativen** vor, die für die EU und alle Mitgliedsstaaten verbindlich sein sollen:

- „Innovationsunion“, um die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation zu verbessern und auf diese Weise sicherzustellen, dass innovative Ideen in wachstums- und beschäftigungswirksame Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können.
- „Jugend in Bewegung“, um unsere Bildungssysteme leistungsfähiger zu machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- „Digitale Agenda für Europa“, um den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen zu nutzen.
- „Ressourcenschonendes Europa“, um das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu unterstützen, die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz zu fördern.

<sup>1</sup> Auf dem EU-Gipfel Ende März 2010 wurden die Kernziele zu den Themen Bildung und Armutsbekämpfung, vor allem auf Druck der deutschen Bundesregierung, abgeschwächt.

zienz zu fördern sowie das Verkehrswesen zu modernisieren.

- „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere (KMU), zu verbessern und eine international wettbewerbsfähige, starke und tragfähige Industriestruktur zu fördern.
- „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, um die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen sowie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u. a. durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen.
- „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugute kommen und Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

## 2. Die gesamtwirtschaftliche Perspektive

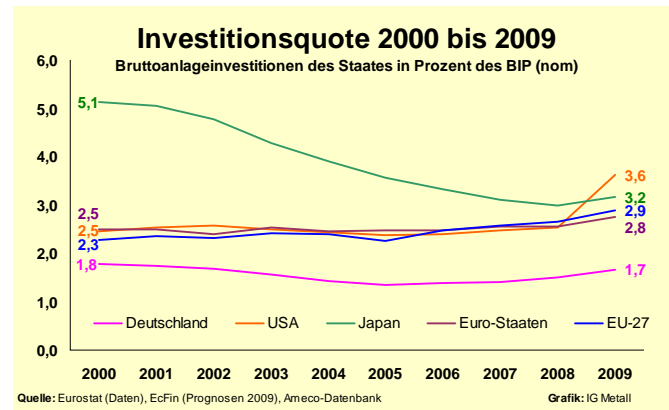
Der Schwerpunkt der `Europa 2020`-Strategie, Wachstum zu generieren, ist originär gesamtwirtschaftlich. Die Zielsetzung eines ökologischen Wachstums mit einem besseren sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft sowie mehr Arbeitsplätzen ist aus der Sicht der IG Metall eine richtige Schwerpunktsetzung.

Die zentrale Umsetzungsebene für Europa 2020 sind die sieben erwähnten Leitinitiativen. Auf dieser Ebene kommen gesamtwirtschaftliche Überlegungen nicht vor. Das war auch in der Lissabon-Strategie schon so. Die Wachstumsziele wurden nicht mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt. Alles war auf einen Rückzug des Staates, auf Deregulierung und einen Abbau der staatlichen Defizite fixiert. Die möglichst freie Entfaltung des Marktes sollte das Wachstum befördern. Das hat bekanntlich nicht funktioniert.

### In Wachstum investieren

Neben den Leitinitiativen soll nun die gesamte Politik der EU an der Erreichung der Ziele der `Europa 2020`-Strategie ausgerichtet werden. „In Wachstum investieren“ wird als Stoßrichtung der gesamten Politik formuliert. Dazu zählt auch die Haushaltspolitik der EU, die „neue Wege beschreiten und innovative Instrumente“ schaffen soll, „um die benötigten Investitionen zu finanzieren“. Mehr Zukunftsinvestitionen wären tatsächlich eine wichtige und notwendige Grundlage für ein ökologisches und beschäftigungsintensives Wachstum. Doch die geforderten neuen Wege zur Finanzierung erschöpfen sich in der Forderung nach mehr öffentlich-privaten Partnerschaften und allgemein die verstärkte

Mobilisierung privaten Kapitals. Problematisiert wird das nicht. Dabei zeigt die aktuelle Krise überdeutlich die Risiken der Abhängigkeit vom Kapitalmarkt. Hier scheint eher wieder die alte Ideologie vom Rückzug des Staates durch, als dass neue Impulse gesetzt werden. Der Umfang des EU-Haushalts mit einem Anteil von einem Prozent am BIP der EU wird nicht zur Diskussion gestellt. Er reicht nicht annähernd aus, um eigene relevante Investitionsvolumina zu bewegen. Es werden keine Vorschläge zur Stärkung der EU-Finanzkraft gemacht. Auch Maßnahmen, die von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssten, etwa verbindliche Quoten für öffentliche Investitionen, finden sich in der `Europa 2020`-Strategie nicht.



### Ausstieg aus der Krisenbekämpfung

Ein eigenes Kapitel ist der Überwindung der Krise gewidmet. Die aktive Antikrisenpolitik mit Konjunkturprogrammen, Hilfen für Banken und Unternehmen und einer expansiven Geldpolitik wird positiv bewertet. Hier hat die EU-Kommission eine Abkehr von bisherigen Dogmen vollzogen. Doch wird die Krise eher wie ein einmaliger Betriebsunfall bewertet, weshalb nach Ansicht der EU-Kommission ausnahmsweise unkonventionelle wirtschaftspolitische Maßnahmen gerechtfertigt seien. Dementsprechend setzt sich die EU-Kommission nicht damit auseinander, wie die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik künftig zu definieren ist und in welcher Form die Ökonomie stimuliert werden kann und muss.

Das Kernproblem des zu geringen Wachstums in Europa, eine hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleibende Nachfrage, wird nicht gesehen und damit auch nicht in die Strategie als Ansatzpunkt aufgenommen.

Kern der makroökonomischen Strategie ist der Ausstieg aus der aktiven Konjunkturpolitik. Zwar wird kein über-eilter Ausstieg gefordert, der den Aufschwung gefährden kann. Eine Rückführung der aktiven Antikrisenpolitik ist zwar bei einer nachhaltigen Belebung tatsächlich notwendig, aber die Reduzierung der wirtschaftspolitischen Strategie auf die „Definition einer glaubwürdigen Ausstiegsstrategie“ kann kein sinnvolles wirtschaftspolitisches Programm für die nächsten zehn Jahre sein. Da wären Überlegungen notwendig, wie die EU Beschäftigung schaffen und die nächste Krise verhindern kann.

### **Reform des Finanzsystems**

Inhaltlich bewegt hat sich die Kommission bei der Reform des Finanzsystems. Hier werden zumindest einige Lehren gezogen: der freie Kapitalmarkt wird nicht mehr in den Mittelpunkt gestellt. Die Finanzmärkte sollen besser reguliert werden. Das Programm bleibt an dieser Stelle aber wenig ehrgeizig und wenig konkret. Das reicht noch längst nicht, um die Finanzmärkte von einer reinen Spekulationssphäre in einen Finanzdienstleister für die Produktionsökonomie zu transferieren. Aktuell wird im Zusammenhang mit dem Euro-Rettungsschirm stärker auch über die Regulierung der Finanzmärkte gestritten. Diese aktuellen Vorkommnisse finden sich entsprechend noch nicht in den Überlegungen zur `Europa 2020`-Strategie.<sup>2</sup>

### **Maastricht-Kriterien**

Uneingeschränkt festgehalten wird an den Maastricht-Kriterien. Dabei hat sich in der Krise gezeigt, dass kein Staat diese Kriterien einhalten kann. Es gibt nach wie vor keinen sinnvollen Begründungszusammenhang für eine maximale Verschuldung von drei Prozent des BIP. Damit wird die Handlungsfähigkeit der Staaten nur eingeschränkt. Die Maastricht-Kriterien waren in der Vergangenheit eher Teil des Problems als Teil der Lösung einer intelligenten Wachstumsstrategie. Das gilt in der aktuellen Krisensituation erst recht. Dazu muss berücksichtigt werden, wofür die zusätzlichen Kredite verwendet werden. Verschuldung, um damit private Investitionen anzuregen oder staatliche Investitionen zu tätigen, kann sich lohnen. Das kann dann über Wachstum und daraus resultierenden Steuermehreinnahmen sogar zu einem Rückgang der Verschuldung führen.

Das Verschuldungsproblem vieler Staaten in der EU zeigt außerdem, dass Verschuldung nicht administrativ verhindert werden kann. Konsolidierung ist nur über Wachstum und eine effektive Steuerpolitik möglich. Immerhin ist in der `Europa 2020`-Strategie die Einnahmeseite der Staaten kein Tabu mehr. Steuererhöhungen werden nicht völlig ausgeschlossen. Es fehlt aber eine dringend notwendige Strategie zur Unterbindung eines europäischen Steuersenkungswettlaufs und zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern.

### **Koordinierung der Wirtschaftspolitik**

Eine stärkere Koordinierung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion wird in der `Europa 2020`-Strategie angemahnt. Darunter werden eine schärfere Kontrolle der Maastricht-Kriterien und eine Politik zur Vermeidung von Ungleichgewichten gesehen. Für die Ausgestaltung will die EU-Kommission noch Vorschläge unterbreiten. Die aktuelle Krise der Finanzmärkte zeigt, wie gefährdet der gemeinsame Währungsraum ist. An dieser Stelle sind ein paar Allgemeinplätze über Koordinierung für eine europäische Wirtschaftsstrategie für die nächsten zehn Jahre völlig ungenügend.

### **3. Die industriepolitische Perspektive**

Die Europäische Kommission hat sich mit der `Europa 2020`-Strategie zum Ziel gesetzt, den Rahmen für eine gemeinsame europäische Industriepolitik vorzulegen. Dieser Schritt ist positiv zu bewerten, belegt er doch, dass die Auswirkungen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise auf die Realwirtschaft auf europapolitischer Ebene nicht folgenlos bleibt und die Europäische Kommission mit der `Europa 2020`-Strategie ein klares Bekenntnis zur europäischen Industrie abgeben will.

#### **Ohne Industrie ist in Europa kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich**

In der Lissabon-Strategie wurde diese Erkenntnis vernachlässigt. Industriepolitik wurde dort – abgesehen von Hightech-Branchen und der Raumfahrt – noch nicht einmal erwähnt. Vor der Finanzkrise konzentrierten sich die strukturpolitischen Aktivitäten auf Maßnahmen, die den Weg der europäischen Wirtschaft zur Wissensökonomie ebnen sollten. Dienstleistungsgesellschaft war en vogue, dafür wurde die europäische Industrie vernachlässigt.

Mit Beginn der Diskussion um `Europa 2020` im November 2009 sah die Europäische Kommission die europäische Industriepolitik in zwei Polen verankert: einerseits ging es ihr um die Themen Innovationsfähigkeit, neue Technologien, Qualifikation und Unternehmergeist, andererseits aber auch um den Abbau von Überkapazitäten und um die Unterstützung benachteiligter Sektoren.

Durch ihren Vorschlag vom März 2010 hat die EU-Kommission ihre Überlegungen einer europäischen Industriepolitik konkretisiert. Diese kann sich vor allem auf die vier Leitinitiativen stützen:

- Innovationsunion,
- Ressourcenschonendes Europa,
- Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung und
- Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission ist es die Hauptaufgabe der europäischen Ebene im Bereich der Industriepolitik, optimale Rahmenbedingungen für eine starke, wettbewerbsfähige und diversifizierte industrielle Basis in Europa zu schaffen. Die noch im November letzten Jahres angesprochene Begleitung für benachteiligte Sektoren wurde jüngst nicht mehr aufgegriffen.

Ein Gesamtkonzept zur Europäischen Industriepolitik ist aus Sicht der IG Metall lange überfällig. Nur der bisherige Vorschlag hat den Namen Europäische Industriepolitik noch nicht verdient.

<sup>2</sup> Nähere Informationen hierzu sind den Wirtschaftspolitischen Informationen `Der Euro hat noch eine Zukunft` (Nr. 3/2010) zu entnehmen.

### **Industriepolitische Bestandsaufnahme auch mit Gewerkschaften**

Mit den Akteuren (Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft, NGO, Verbraucherorganisationen) soll auf den unterschiedlichen Ebenen (EU, Mitgliedstaat, Regionen) eine gemeinsamen Bestandsaufnahme erarbeitet werden, „wie eine starke industrielle und Wissensbasis erhalten und die EU in die Lage versetzt werden kann, in der nachhaltigen Entwicklung weltweit eine Vorreiterrolle einzunehmen.“ Protektionismus will die Kommission um jeden Preis vermeiden. Sie setzt auf den gemeinsamen Binnenmarkt als treibende Wirtschaftskraft. Er soll Schubkraft für den Aufschwung bringen.

Die Erarbeitung einer gesellschaftsübergreifenden Bestandsaufnahme ist ein wichtiger, erster Schritt. Nur hierbei darf Europa nicht stehen bleiben. Weitere Schritte müssen sich dieser anschließen, die vor allem den Weg aufzeigen, mit welchen Instrumenten die europäische Industrie zukunftsfähig weiterentwickelt werden soll.

### **Alte angebotstheoretische Konzepte**

Die EU-Kommission hat es sich in Bezug auf ihre Vorschläge zur Industriepolitik einfach gemacht. Sie setzt lediglich den groben Rahmen, Ausgestaltung und Instrumentenkasten überlässt sie den Mitgliedstaaten. Außerdem sieht der Vorschlag keine Sanktionen vor, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

Die `Europa 2020´-Strategie führt unter dem Begriff der Industriepolitik den Leitgedanken der Lissabon-Strategie konsequent fort. Über die Förderung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit soll die europäische Industrie gestärkt und industrielle Beschäftigung gesichert bzw. geschaffen werden. Aber die europäische Industrie leidet heute nicht an einer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit, sondern immer noch an dem Zusammenbruch ihrer Auslandsmärkte, einer zu geringen Binnennachfrage und zu hohen Kreditkosten. Trotz Wachstumsraten auf niedrigem Niveau ist die Krise noch nicht vorbei, insbesondere sind die Beschäftigungsrisiken noch sehr hoch. Nicht nur einzelne Unternehmen sind in Gefahr, sondern es drohen nach wie vor der dauerhafte Verlust industrieller Kerne und der Zusammenbruch ganzer Industriebranchen und Wertschöpfungsketten in Europa. Gleichzeitig ziehen Klimawandel, technologische Innovationen, demografische Entwicklung, europäische Integration und Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen tief greifende Veränderungen in der europäischen Industrie nach sich. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise haben nicht zum Überdenken der neoliberal ausgerichteten Unternehmenspolitik geführt. Aus den Krisenursachen werden keine Konsequenzen für eine wirkliche Europäische Industriepolitik gezogen.

### **Industriepolitik mit neoliberaler Schlagseite**

Die Europäische Kommission hat mit der `Europa 2020´-Strategie wieder die alten, angebotstheoretischen Konzepte präsentiert. Im Mittelpunkt stehen Unternehmen und dabei insbesondere KMU. Diese sollen von Abgaben, Bürokratiekosten, strengen Regulierungen

und vom Unternehmensrecht befreit werden. Die europäische Industriepolitik soll für die europäischen Unternehmen einen fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln schaffen. In alter Denkweise geht es allein um attraktive Standorte, also um Senkung der Umweltstandards und um Arbeitsflexibilisierung. Arbeitskräfte werden nur in Kombination von Qualifikation und Kostenfaktoren wahrgenommen. In dieser Gemengelage spielen beschäftigungspolitische Aspekte keine Rolle. Das heißt, die Europäische Industriepolitik setzt allein auf weitere Entlastungen für Unternehmen.

### **Lichtblick ökologischer Umbau?**

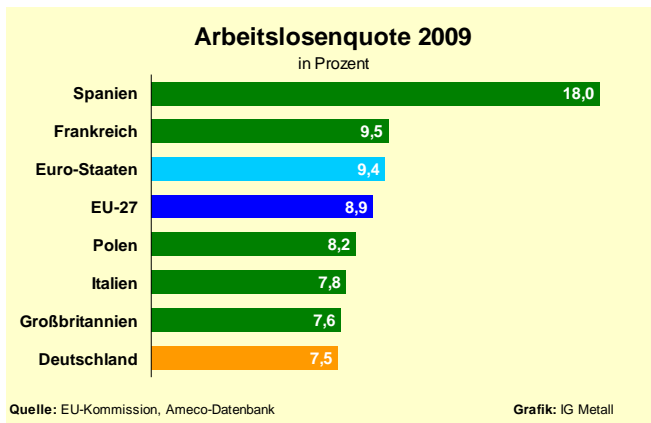
Vor dieser Grundhaltung bleibt die Frage im Raum stehen, wie die positiv zu bewertende Ausrichtung der `Europa 2020´-Strategie in Richtung auf den Klimawandel und die Herausforderung des ökologischen Umbaus erreicht werden kann. Ähnlich wie die Überlegungen der IG Metall zur ökologischen Industriepolitik geht auch die EU-Kommission davon aus, dass mit einer ökologischen Modernisierung der Industrie heute die Arbeits- und Lebensperspektiven zukünftiger Generationen gestaltet werden können. Die Einschätzung der EU-Kommission, dass Investitionen in saubere und emissionsarme Technologien der Umwelt helfen und auch neue Geschäfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, ist richtig. Gleichzeitig ist die EU-Kommission dahingehend sehr vage, wie eine aktive europäische Industriepolitik diesen Wandel fördern kann, um die Industrien auf ihre Rolle in einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft vorzubereiten. An dieser Stelle ist es nötig, dass die EU-Kommission tatsächlich den ökologischen Umbau vorantreibt, um die Chancen grüner Märkte mit zusätzlichen guten Arbeitsplätzen realisieren zu können.

### **Wo bleiben die Arbeitsplätze?**

Dazu ist eine Abkehr vom bisherigen Ansatz nötig. Die Industriepolitik ging bisher davon aus, dass durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ganz von alleine mehr und bessere Arbeitsplätze entstehen bzw. die bestehenden Arbeitsplätze sicherer werden. Diese Gesetzmäßigkeit ist mit Orientierung auf den Shareholder-value-Ansatz und der kurzfristigen Renditeorientierung nicht mehr gültig.

Angesichts der derzeitigen Struktur- und Beschäftigungskrise ist damit mehr als fraglich, ob die Beibehaltung der bisherigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Beschäftigten bewältigen kann. Denn die Förderung von wettbewerbsfähigen Industrieunternehmen rettet nicht zwangsläufig auch die industriellen Arbeitsplätze. Gerade in beschäftigungspolitisch schwierigen Zeiten kann und darf sich eine Volkswirtschaft nicht selektiv nur um die vermeintlich Starken kümmern und sich nach Maßstäben einer betriebswirtschaftlichen Markt- und Wettbewerbsstrategie orientieren. Ein aktiver Staat muss den stattfindenden Strukturwandel an traditionellen Industriestandorten nachhaltig, d. h. ökonomisch erfolgreich und sozial-ökologisch ausgerichtet, gestalten und Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sichern. Der Markt kann alleine weder die Krise überwinden noch eine Neuaufstellung der Wirtschaft regeln.

Will die Europäische Industriepolitik neben der Wettbewerbsfähigkeit auch Beschäftigung stärken, muss die Europa 2020-Strategie ausdrücklich die Unternehmen in die Pflicht nehmen, dass mehr und qualitativ bessere Arbeitsplätze entstehen sollen. Es muss verhindert werden, dass in einer neuen Aufschwungphase prekäre Beschäftigungsformen wachsen.



#### 4. Zusammenfassung der Europa-Strategie

Grundsätzlich ist es richtig, in einer langfristigen Strategie Wachstumsziele sowie Maßnahmen zur Zielerreichung in der EU zu benennen. Die Zielsetzung eines ökologischen Wachstums mit einem besseren sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ist eine zu unterstützende Schwerpunktsetzung.

Insgesamt ist die EU 2020-Strategie jedoch keine überzeugende wirtschaftspolitische Agenda für die nächsten zehn Jahre, um die gesetzten Schwerpunkte und Kernziele tatsächlich zu erreichen:

1. Aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie, die im Kern auf die Überlegenheit freier Märkte setzte und einen Rückzug des Staates proklamierte, wurden keine ausreichenden Lehren gezogen.
2. Der Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen und die Konsolidierung der Haushalte sind mittelfristig zwar notwendig, aber noch kein Programm für ein nachhaltiges Wachstum für die nächsten zehn Jahre.
3. Der Schwerpunkt auf Kostenentlastungen für Unternehmen ist noch keine ausreichende Industriepolitik, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird.
4. Es werden keine überzeugenden Instrumente benannt, mit denen die Ziele der Strategie erreicht werden können.

Neben der notwendigen Detailkritik an den Überlegungen der EU-Kommission ist der Strategiekonflikt zu beachten, der beim EU-Frühjahrgipfel öffentlich wurde. Von dort ging das ernüchternde Signal aus, die neue

Strategie und den Stabilitätspakt als voneinander unabhängig zu betrachten. Es wird eine zentrale Auseinandersetzung werden, ob sich die Wachstumsstrategie gegenüber der Haushaltskonsolidierung durchsetzen kann.

#### 5. Eckpunkte eines solidarischen und nachhaltigen Wachstumspfad in Europa

Die IG Metall fordert einen Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration. Daran muss sich auch die europäische Wirtschafts- und Industriepolitik ausrichten. Es geht um eine Offensive für Wachstum und Beschäftigung, für die sich die EU aktiv einsetzen muss. Folgende Eckpunkte markieren einen solchen Kurswechsel und schaffen gleichzeitig die makroökonomischen und industriepolitischen Instrumente, um die angestrebten Ziele tatsächlich erreichen zu können:

- **Gerechte Einkommensverteilung:** Die Verhinderung von Armut ist nicht nur ein soziales Ziel. Eine gerechtere Einkommensverteilung ist die notwendige Voraussetzung, um die Nachfrage für Wachstum zu ermöglichen.
- **Leitmärkte besetzen und Investitionen für die Zukunft:** Wachstum und Beschäftigung können auch durch die aktive Besetzung von Leitmärkten gestärkt werden. Um die Chancen in den Bereichen ökologischer Umbau, Mobilität, Gesundheit und intelligente Netze (Verkehr, Energie, Kommunikation) realisieren zu können, muss die EU diese Leitmärkte aktiv unterstützen. Dafür braucht es auch mehr private und öffentliche Investitionen, entsprechende europaweite Investitionsziele wären dafür ein adäquates Mittel.
- **Ungleichgewichte überwinden:** Die Maastrichtkriterien sind völlig ungeeignet, Verschuldungskrisen zu verhindern. Sie schränken nur die Handlungsfähigkeit der Staaten ein. Notwendig sind die strikte Regulierung der Finanzmärkte und ein wirkungsvoller Mechanismus zur Verhinderung von Ungleichgewichten. Eine gemeinsame Währung funktioniert nicht ohne einen institutionellen fiskalpolitischen Rahmen. Dazu gehört eine koordinierte Wirtschaftspolitik, die Überschuss- und Defizitländer gleichermaßen einbindet. Die Debatte über einen europäischen Finanzausgleich muss weiter forciert werden. Die Lohnpolitik muss ihrer Koordinierungsfunktion gerecht werden.
- **Aktiver Staat:** Ohne eine aktive Rolle des Staates ist eine langfristige Wachstumsstrategie nicht umzusetzen. Um die Finanzierung einer solchen Strategie sicher zu stellen und gleichzeitig eine Konsolidierung der Haushalte zu ermöglichen, muss die Finanzkraft der Staaten durch höhere Steuereinnahmen (z.B. einer Finanztransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer und kurzfristig die Rücknahme von Steuerprivilegien) gesichert werden. Notwendig sind dazu konkrete Maßnahmen

zur Unterbindung des europäischen Steuersenkungswettlaufes.

- **Solide Finanzierung für Euroländer:** Neben höheren Steuereinnahmen muss für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auch die Kreditfinanzierung auf eine neue Basis gestellt werden. Über eine europäische Bank für öffentliche Anleihen könnten sich die Staaten unabhängiger von den Kapitalmärkten und zu günstigeren Konditionen finanzieren.
- **Strukturwandel:** Der industrielle Strukturwandel muss sozialverträglich gestaltet und regionalwirtschaftlich begleitet werden. Gesellschaftlich notwendige Umstrukturierungen müssen über Innovationen forciert werden. Betroffene Beschäftigte brauchen eine Perspektive durch Übergänge in neue Beschäftigung.
- **Beschäftigung:** Millionen von Menschen in der Europäischen Union sind ohne Arbeit. Das angestrebte Wirtschaftswachstum muss deshalb mehr und gute Arbeitsplätze ermöglichen. Es geht um gute Arbeit statt um prekäre Jobs.
- **Einheitliche Standortbedingungen und Wettbewerb:** Innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes ist die Standortkonkurrenz durch die Schaffung einheitlicher Standortbedingungen einzudämmen. Der internationale Wettbewerbsrahmen muss so gestaltet werden, dass dieser nicht zulasten der europäischen Industrie geht.
- **Demokratisierung der Wirtschaft:** Eine Lehre aus der Krise lautet, dass konkrete Schritte für eine Demokratisierung der Wirtschaft auch auf europäischer Ebene formuliert werden müssen. Dazu gehört in Europa auch ein tatsächlicher Dialog mit den Gewerkschaften, der diesen Namen auch verdient. Die jüngsten Veränderungen der EBR-Richtlinie sind dabei allenfalls ein Zwischenschritt, um die Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte in Europa zu stärken.

## Impressum

### Wirtschaftspolitische Informationen

04 / 2010  
15. Juni 2010

#### Autoren:

Kai Burmeister, Wilfried Kurtzke, Dr. Astrid Ziegler

#### Vertrieb:

Sarah Menacher

#### Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand  
Wirtschaft, Technologie, Umwelt  
D-60519 Frankfurt am Main  
Telefon: +49 (69) 6693 2091  
Fax: +49 (69) 6693 80 2091  
Mail: [wi@igmetall.de](mailto:wi@igmetall.de)  
online: [www.igmetall.de/download](http://www.igmetall.de/download)

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen  
per mail an : [sarah.menacher@igmetall.de](mailto:sarah.menacher@igmetall.de)